

Betreff Ausrichtung Stellenplanmanagement

Dezernat/e II

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauenbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges
- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- |                 |   |                                    |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission      | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat    | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat      | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat  | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel  
Büro d. Magistrats

- Tagesordnung A      Tagesordnung B
- Umdruck nur für Magistratsmitglieder**
- nicht erforderlich      erforderlich
- öffentlich      nicht öffentlich
- wird im Internet / PIWI veröffentlicht**

Stadtverordnetenversammlung

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich



## B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Ein aktives Organisationsmanagement mit der Durchführung von Organisationsuntersuchungen und Personalbemessungen findet in der Stadtverwaltung Wiesbaden derzeit nicht statt. In dieser Sitzungsvorlage werden die Maßnahmen und erforderlichen Ressourcen aufgezeigt, um die Voraussetzungen für eine gezielte Organisationsberatung, Aufgabenkritik und strategische Personalplanung in den Fachbereichen zu schaffen.

## C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1. sich die Anforderungen an die Fachbereiche der Stadtverwaltung Wiesbaden dynamisch durch neue Gesetze, den Fachkräftemangel sowie die zunehmende Standardisierung und Digitalisierung von Prozessen verändern;
  - 1.2. der Aufgabenkatalog und Personalbedarf (quantitativ und qualitativ) in den Fachbereichen dadurch ebenfalls einem ständigen Wandel unterliegen und Stellenbeschreibungen, Personalbedarfe und die Aufbauorganisation sich kontinuierlich anpassen müssen;
  - 1.3. bei der Stadtverwaltung Wiesbaden seit dem Jahr 2005 die zentrale Organisationsberatung sukzessive zurückgefahren wurde und eine fachlich fundierte Beratung und Begleitung der Fachbereiche zur Gestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation inklusive Personalbedarfsberechnungen nicht erfolgt;
  - 1.4. das Sachgebiet 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* mit einem Gesamtplanstellenumfang von 6,5 VZÄ inklusive Leitung heute schwerpunktmäßig Stellenbewertungen (ca. 450 - 500 pro Jahr) und Organisationsverfügungen (ca. 150 pro Jahr) erstellt und eine aktive Personalbewirtschaftung über den Stellenplan somit nur bedingt möglich ist;
  - 1.5. die bisher durch das Sachgebiet 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* erstellten Stellungnahmen zu Sitzungsvorlagen mit Personalmehrbedarfen (ca. 100 pro Jahr) in der Mehrzahl innerhalb weniger Tage ohne Möglichkeit einer fachlichen Auseinandersetzung erfolgen;
  - 1.6. ein interkommunaler Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen einen Personalbedarf für das *Organisationsmanagement* von durchschnittlich 412 Planstellen/Mitarbeitenden ergeben hat und die LHW mit aktuell 806 Planstellen/Mitarbeitenden den negativen Spitzenwert bildet;
  - 1.7. sich auf Basis des Durchschnittswertes von 412 Planstellen/Mitarbeitenden für die Stadtverwaltung Wiesbaden mit aktuell 5.250 Planstellen ein Personalbedarf in Höhe von 12,7 VZÄ für das Organisationsmanagement ergibt.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1. Dezernat II/15 beauftragt wird, das Aufgabenspektrum des Sachgebietes 150130 *Stellenplan- und Aufgabenmanagement* um die Aufgaben Organisationsberatung und Personalbedarfsberechnungen zu erweitern;

- 2.2. Dezernat II/15 beauftragt wird, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Aktualität und Richtigkeit der Informationen im Stellenplan sicherzustellen. Damit wird eine verlässliche Informationsquelle über den Status Quo und eine Basis für Analysen geschaffen;
- 2.3. im Sachgebiet 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* zur Durchführung von Organisationsberatungen und Stellenbemessungen zum Stellenplan 2024/2025 vier Vollzeitplanstellen (4,0 VZÄ) mit den Stellenwerten E 11 TVöD bzw. A 12 HBesG geschaffen werden;
- 2.4. zur Finanzierung der Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 264.082 Euro für 2024 und 528.164 Euro p. a. ab 2025 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Dezernat II/15 zugesetzt und vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2024/2025 durch die Aufsichtsbehörde freigegeben werden;
- 2.5. die Freigabe der Planstellen vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2024/2025 durch die Aufsichtsbehörde zum 1. Januar 2024 erfolgt, jedoch frühestens nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt 2024/2025;
- 2.6. im Rahmen der Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals für Dezernat II/15 ab dem 1. Januar 2024 um 4,0 VZÄ dauerhaft erhöht wird.

## D Begründung

Die Umsetzungen von Veränderungen in der Aufbauorganisation und Entscheidungen zu Neuschaffungen von Planstellen erfolgen aktuell ohne gezielte Organisationsberatung. Eine dezentrale Auseinandersetzung mit den eigenen Prozessen erfolgt zurzeit nur rudimentär. Mit der Schaffung von neuen Stellen bei Dezernat II/15 sollen die Fachbereiche im Rahmen des Organisationsmanagements zielführend unterstützt werden.

Änderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation und Entscheidungen zu Personalmehrbedarfen sollten durch gezielte Aufnahme von Sollprozessen gestützt werden.

Dezernat II/15 beabsichtigt in zukünftigen, quartalsweisen Planungsgesprächen mit Dezernaten/Ämtern eine stadtweite strategische Personalplanung in den Fachbereichen vorzubereiten. Inhalte dieser Planungsgespräche sollen u. a. sein:

- Wo verlassen uns Mitarbeitende?
- Welche Planstellen aus dem bestehenden Portfolio sind seit Jahren unbesetzt und können für eine Nutzung umgewidmet werden?
- Wo sind neue Personalbedarfe zu erwarten?
- Welchen Nutzen und Mehrwert haben bestehende Prozesse?
- Aufnahme von Sollprozessen
- Ermittlung benötigter Qualifikationen an freien oder innerhalb der nächsten fünf Jahre freiwerdenden Planstellen
- Ermittlung von Digitalisierungsmöglichkeiten bis hin zum Einsatz von KI bei bestehenden und neuen Geschäftsprozessen

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ist die Ausweitung des bestehenden Personalbestandes im Bereich 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* zwingend erforderlich.

Der unter Beschlusspunkt 1.7. dargestellte Personalbedarf lässt sich durch die Planstellenschaffungen nach Beschlusspunkt 2.3. dieser Sitzungsvorlage und Entscheidungen zu Planstellenschaffungen für Digitalisierungslotsen auf Basis der Sitzungsvorlage 23-V-15-0007 *Digitalisierung gemeinsam gestalten* (Beschlusspunkt 2.3.1) befriedigen. Die Digitalisierungslotsinnen und -lotsen sollen bei der Aufnahme von Sollprozessen und der Ermittlung von Digitalisierungsmöglichkeiten unterstützen.

## I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit Stand vom 4. September 2023 ergeben sich über Sitzungsvorlagen und die Liste der weiteren Bedarfe der Kämmerei zusätzliche Planstellenforderungen der Dezernate von mehr als 340 Planstellen für den Haushalt 2024/2025. Eine fundierte Bewertung dieser Mehrbedarfe nach einheitlichen Kriterien war nicht möglich.

Durch eine Personalerweiterung im Bereich 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* werden Anmeldungen von Personalmehrbedarfen zukünftig gemeinsam mit den Fachbereichen auf Basis durchgeführter Aufgabenkritik, Prozessoptimierung, Prüfung von Digitalisierungsmöglichkeiten und unter der Beachtung von Erfolgsaussichten von Stellenbesetzungen vorbereitet.

Die reaktiven Stellungnahmen zu Sitzungsvorlagen mit Personalmehrbedarfen könnten damit reduziert werden.

## II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

## III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

## Bestätigung der Dezernent\*innen

Wiesbaden, 26. September 2023



Hinninger  
Bürgermeisterin